

20./X. 1917

119

Die Zulassung der Frauen zum juridischen Studium.

Eine Anfrage an den Unterrichtsminister.

Die Frage der Zulassung der Frauen zum juridischen Studium wird in parlamentarischen Kreisen jetzt wieder energischer aufgerollt. Die vielseitige Verwendung, welche Frauen während des Krieges in Berufen gefunden haben, die bisher als ausschließlich „männliche“ Berufe gegolten haben, lassen es begreiflich erscheinen, daß auch die Gesetzgeber daran denken, die Beschränkungen, die den Frauen in den akademischen Berufen derzeit noch auferlegt werden, aufzuheben.

Nachdem Abgeordneter Professor Smrzek eine Anfrage wegen Zulassung der Frauen zum technischen Studium eingereicht und in einer Unterredung mit dem Unterrichtsminister Dr. E. Willinski das Zugeständnis erlangt hatte, daß die Zulassung der Frauen in die Chemie- und Ingenieurschule erörterungsfähig sei, hat heute Abgeordneter Gaußer an den Unterrichtsminister eine Anfrage gerichtet, in welcher der Minister aufgefordert wird, die Angelegenheit des juridischen Frauenstudiums neuerlich zu überprüfen. In dieser Anfrage wird darauf hingewiesen, daß der Staat in Zukunft auf die Mitarbeit der Frauen in bestimmten Zweigen des Verwaltungsdienstes nicht mehr verzichten können, daß das Studium der Nationalökonomie auch für die Frauen

besondere Wichtigkeit besitzt und daß es sehr bedauerlich ist, wenn unsere Frauen und Mädchen, die sich diesem Studium widmen wollen, gezwungen werden, sich an ausländischen Universitäten inszribieren zu lassen. Die juridische Fakultät der Budapestener Universität hat beschlossen, weibliche Hörer zu den Vorlesungen zugelassen und den ungarischen Unterrichtsminister aufgefordert, er möge die offizielle Zulassung in seinem Wirkungskreise durchsetzen. Nun wird der österreichische Unterrichtsminister aufgefordert, zu veranlassen, daß unsere weiblichen Studenten für diese Studienzweige österreichische Universitäten besuchen können und nicht gezwungen sind, in das Ausland zu gehen. Zugleich möge der Minister das Nötige vorkehren, damit das neue Studienjahr 1917/18 für solche Hörerinnen nicht verloren gehe.